

# Die Folgen jahrelanger Saturiertheit: Der Standort Deutschland untergräbt seine Wettbewerbsfähigkeit

**Standpunkt, Juli 2023**

**Kontakt:** Dr. Cornelius Plaul  
Tel. 0351 25593-604 . [cornelius.plaul@imreg.de](mailto:cornelius.plaul@imreg.de)

## Abstract

Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren im internationalen Vergleich dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Gründe sind in einer bestenfalls mittelmäßigen Infrastruktur, einer der höchsten Steuer- und Abgabenlasten weltweit und einer sich wie Mehltau übers Land legenden omnipräsenten Bürokratie zu finden. Um diese selbst auferlegten Fesseln zu lösen sind beherrzte Schritte nötig: Bürokratie muss wirksam abgebaut, die Steuern gesenkt und in die Infrastruktur massiv investiert werden. Von Politikern verlangt dies eine ehrliche Kommunikation, denn das Land hat zu lange über seine Verhältnisse gelebt.

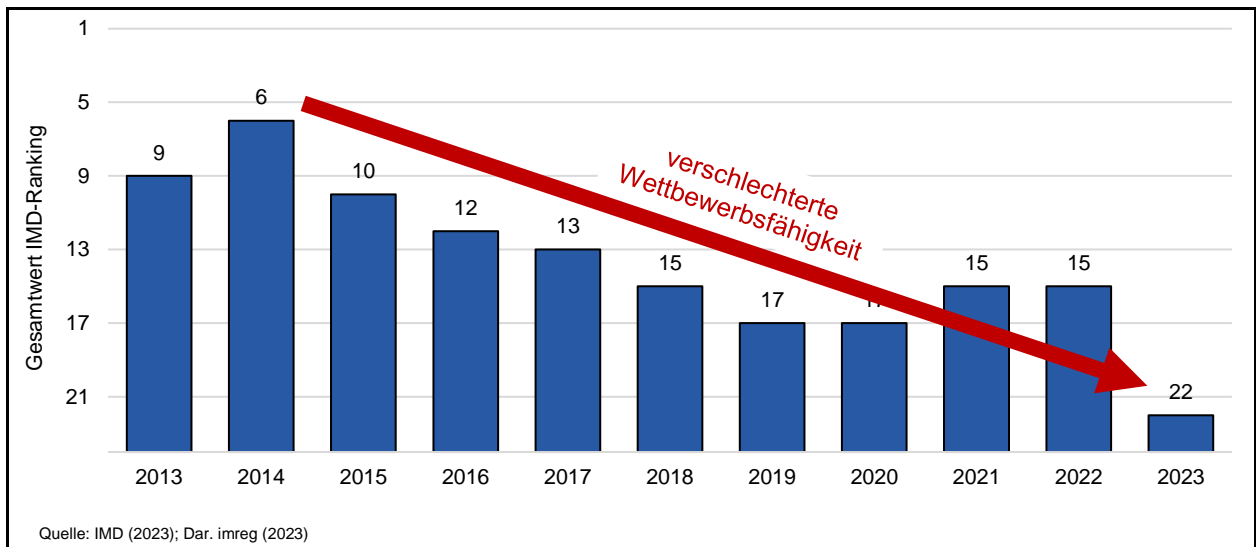
## Deutschland büßt dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit ein

Wie das jüngst veröffentlichte Ranking des International Institute for Management Development (IMD) der Wirtschaftshochschule Lausanne zeigt, hat Deutschland dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Noch vor zehn Jahren gehörte die Bundesrepublik zu den sechs wettbewerbsfähigsten Ländern der Erde, übertroffen nur noch von den USA, der Schweiz, Schweden und den Stadtstaaten Singapur und Hong Kong. 2014 punktete das Land mit gut ausgebildeten Fachkräften, einer verlässlichen Infrastruktur und einem stabilen politischen Umfeld<sup>1</sup>. Zu dieser Zeit entfalteten die 2005 beschlossenen Hartz-Reformen ihre positiven Wirkungen auf den Arbeitsmarkt in voller Breite. Die Beschäftigung war in der Folge bis dato um 3,9 Mio. Personen bzw. 15% gestiegen<sup>2</sup>, die Arbeitslosigkeit hatte sich von teilweise über 5 Mio. Menschen und einer Quote von in der Spitze fast 13% annähernd halbiert<sup>3</sup>. Gleichzeitig herrschte als Folge der Finanzkrise in der Bevölkerung ein allgemeines Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Reduktion der Staatsausgaben vor, was in der Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz (Art. 109) gipfelte<sup>4</sup>.

Nun zeigt der aktuelle Bericht die Defizite, die zur dramatischen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit geführt haben, schonungslos auf: hohe Arbeitskosten, hohe Abgabenlast, ein kompliziertes Steuersystem, bestenfalls mittelmäßige Infrastruktur, zunehmende Bürokratie und Arbeitsmarktregulierung sowie eine schwache Arbeitsmoral<sup>5</sup>. Selbst China, ein staatskapitalistisches System mit immer mehr Zügen einer Planwirtschaft, liegt im IMD-Ranking inzwischen vor Deutschland. Doch wie konnte sich ein einst starker Standort in so kurzer Zeit derartig stark in seiner Leistungsfähigkeit verschlechtern? Wie sich zeigen wird, hat Deutschland seine gute Ausgangslage leichtfertig verspielt

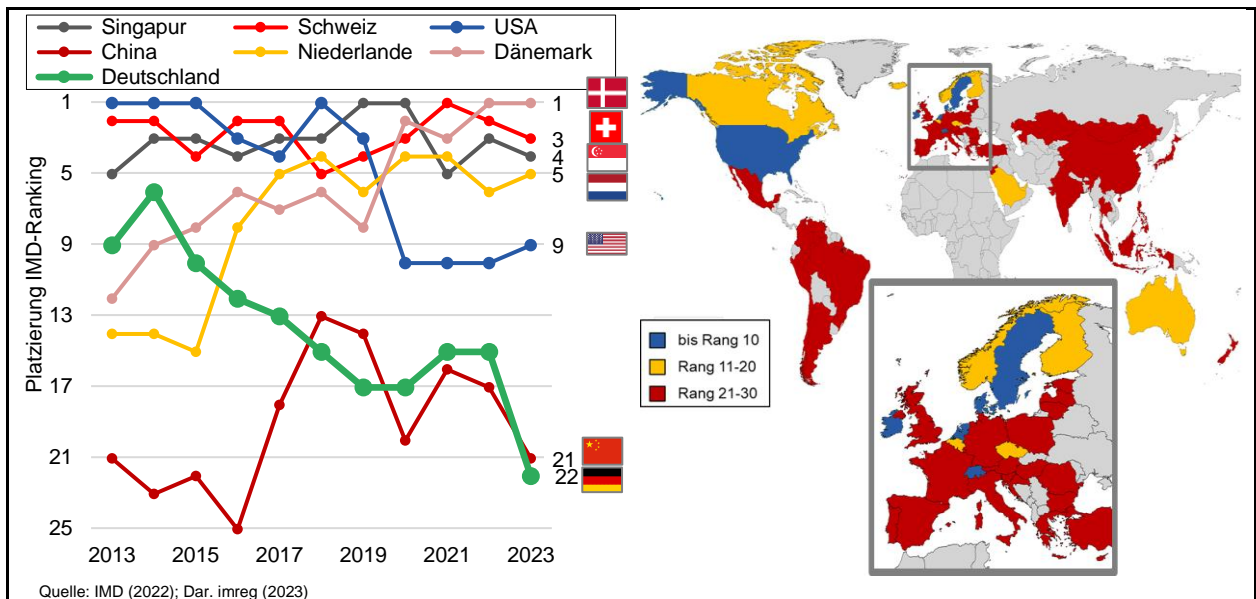
und muss nun umso größere Anstrengungen unternehmen, wenn es wieder die guten Platzierungen früherer Jahre erreichen will.

**Abbildung 1: Platzierung Deutschlands im IMD-Ranking (Wettbewerbsfähigkeit)**



Dass dies möglich ist, zeigen unsere Nachbarländer Dänemark und die Niederlande, die sich im gleichen Zeitraum im IMD-Ranking erheblich verbessern konnten und nun beide neben dem dritten Nachbarland, der Schweiz, unter den Top-5-Nationen liegen.

**Abbildung 2: IMD Ranking: Platzierungen im Zeitverlauf (links) und Stand 2023 (rechts)**



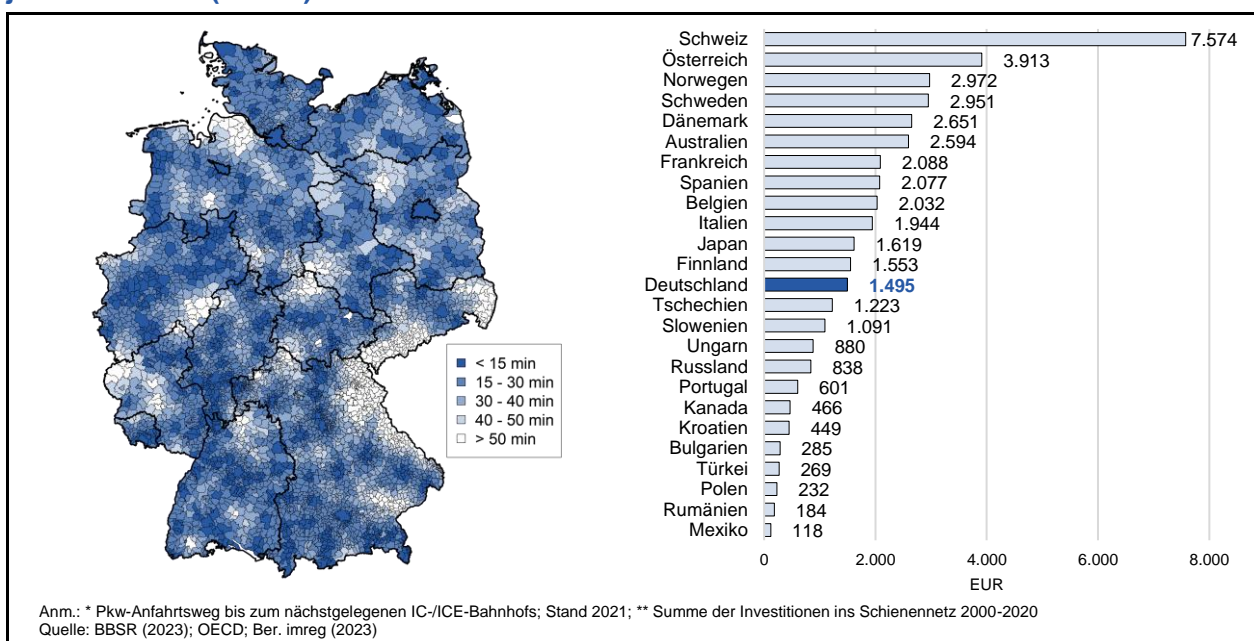
## Bei der Infrastruktur liegen Mangel und Verschwendung nah beisammen

Drastische Mängel der Infrastruktur zeigen sich auf allen Ebenen. Im Straßenverkehr wurde die Öffentlichkeit zuletzt immer wieder vom besorgniserregenden Zustand einer Vielzahl von Autobahnabschnitten, insbesondere von Brücken, aufgeschreckt<sup>6</sup>. Allein in Sachsen sind 755 km Bundesstraßen und 179 km Autobahnen sanierungsbedürftig<sup>7</sup>. Dabei nimmt die Bedeutung gerade der wichtigen Ost-West-Achsen im Zuge der wachsenden Integration der mittel- und osteuropäischen EU-Länder immer mehr zu.

Im Schienenverkehr erreicht die Deutsche Bahn Rekordwerte bei der Unpünktlichkeit<sup>8</sup>. Ganze Landstriche, in Sachsen insbesondere die Region Chemnitz sowie Ostsachsen, sind de facto vom Fernverkehr abgekoppelt. Der schleppende Ausbau ist ein erhebliches Problem. Dabei ist die Verbindung Chemnitz-Leipzig ein Paradebeispiel im negativen Sinne: Zwei Ballungsräume mit zusammen über 840.000 Einwohnern (darunter fast 400.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) und einer Wirtschaftsleistung von über 32 Mrd. EUR sind nur verbunden durch eine in weiten Teilen eingleisige, nur bis 120 km/h befahrbare und nicht-elektrifizierte Bahnstrecke. Dies resultiert in einer Fahrzeit von über einer Stunde für eine Entfernung von nicht einmal 70 km Luftlinie.<sup>9</sup>

Der deutsche Staat investiert nur sehr verhalten in seinen Schienenverkehr. Während die Nachbarländer Frankreich, Dänemark, Österreich und die Schweiz zwischen den Jahren 2000 und 2020 bis zu 7.600, mindestens jedoch 2.100 EUR je Einwohner in ihr Schienennetz investierten, kommt

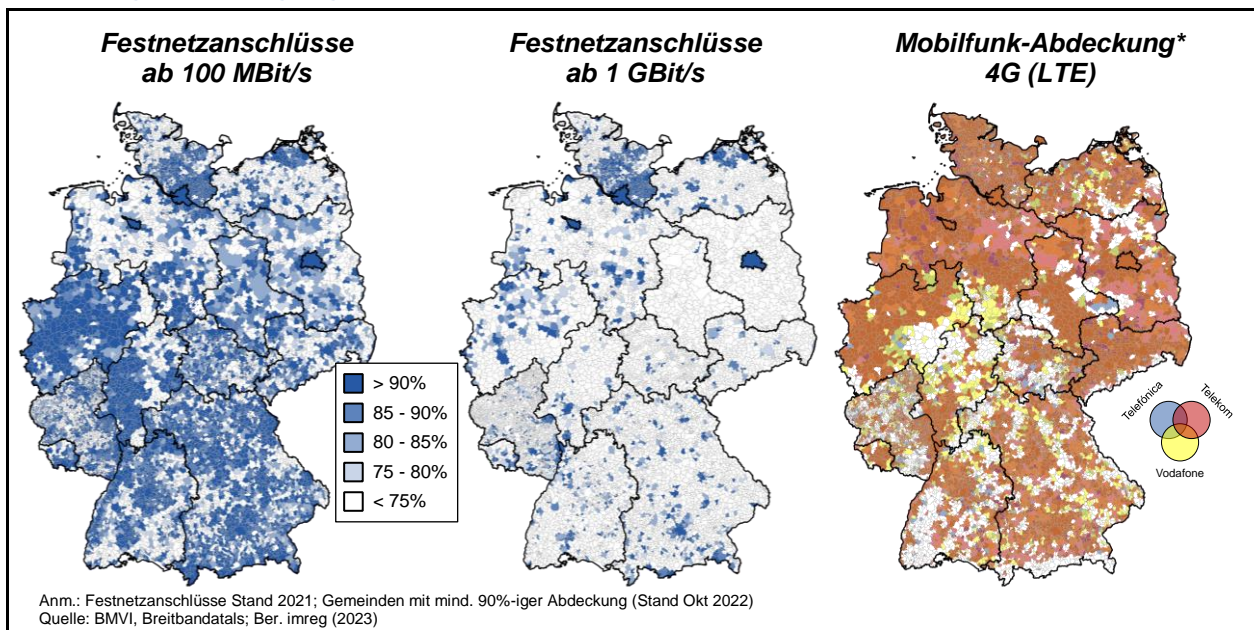
**Abbildung 3: Erreichbarkeit Schienenfernverkehr\* (links) und Investitionen ins Schienennetz je Einwohner\*\* (rechts)**



Deutschland hier gerade einmal auf spärliche 1.500 EUR. Erschwerend hinzu kommen extrem lange Planungszeiten. So erreichte beispielsweise Thüringen im Jahr 2017 eine „Dringlichkeitszusage“ für die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung im Abschnitt Weimar-Gößnitz (ca. 100 km)<sup>10</sup>. Die Hauptbauarbeiten sollen im Jahr 2027 beginnen. Dieses Beispiel zeigt zugleich, wie „Dringlichkeit“ in der deutschen Verkehrspolitik zu interpretieren ist.

Auch bei der Dateninfrastruktur steht Deutschland im internationalen Vergleich schlecht da. Praktisch keine Rolle spielen Breitbandanschlüsse ab 1 GBit/s. Wäre dies für die meisten Haushalte und Unternehmen noch zu verschmerzen, ist es dagegen ein unhaltbarer Zustand, dass auch bei den Anschlüssen mit mindestens 100 MBit/s, die heutzutage als Grundversorgung betrachtet werden dürfen, eine Vielzahl von Versorgungslücken existieren, der dringend beseitigt werden müssen. Hinzu kommt, dass den Nutzern in Deutschland kein flächendeckendes und leistungsfähiges Mobilfunknetz als Alternative bleibt, um die mangelhaften Festnetzanschlüsse zu kompensieren. Ein lückenloses 4G-Netz existiert bei keinem Anbieter, von „5G an jeder Milchkanne“<sup>11</sup> ganz zu schweigen. Somit besteht auch hier erheblicher Aufhol- und Investitionsbedarf.<sup>12</sup>

**Abbildung 4: Versorgung der privaten Haushalte mit schnellen Internetanschlüssen**

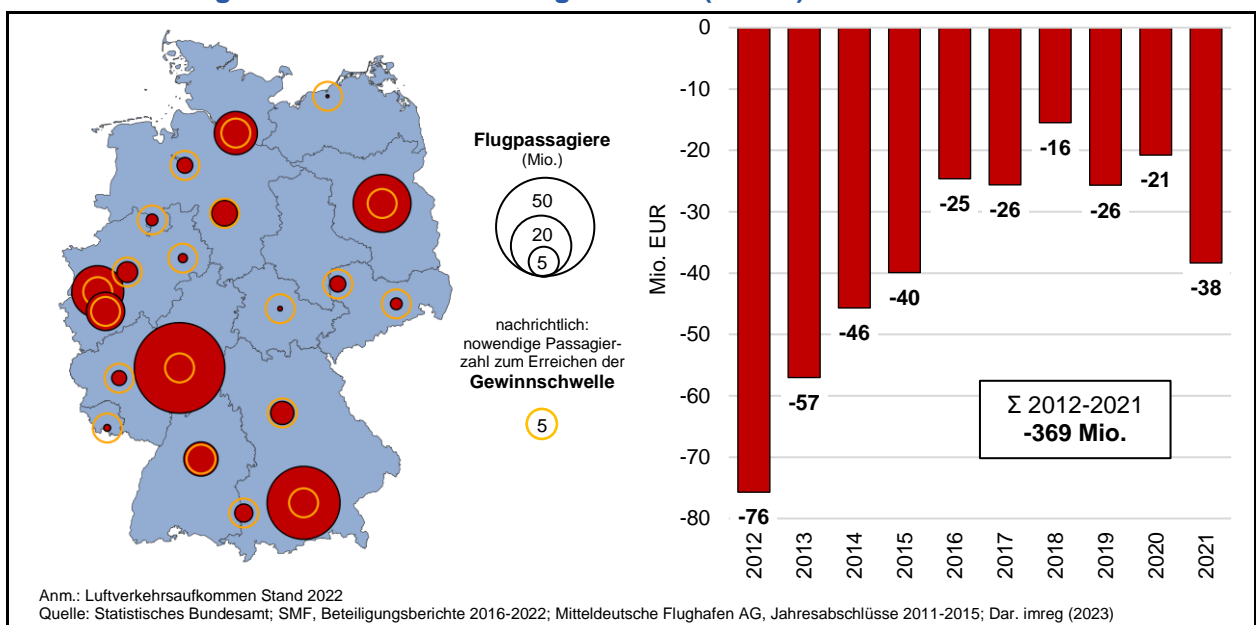


Teilweise wird behauptet, eine umfassende Modernisierung der deutschen Infrastruktur wäre nur durch die Aufnahme massiver Schulden möglich<sup>13</sup>. Dies darf angezweifelt werden. Denn zum einen leistet sich Deutschland einen üppigen Sozialstaat, der ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung bzw. 1,16 Bio. EUR absorbiert<sup>14</sup>. Zum anderen findet selbst innerhalb des Infrastrukturbereichs Verschwendung statt, wofür die Vielzahl unwirtschaftlicher Regionalflughäfen<sup>15</sup> ein prägnantes Beispiel liefern. Flughäfen müssen in Deutschland jährlich mindestens 5 Mio. Passagiere, um keinen Verlust

zu erwirtschaften<sup>16</sup>. Von den 23 durch das Statistische Bundesamt dokumentierten Verkehrsflughäfen erreichen lediglich sieben und damit nicht einmal ein Drittel diese kritische Schwelle<sup>17</sup>. Auch die Coronakrise taugt hier nicht als Ausrede: Rechnet man die beiden inzwischen geschlossenen Flughäfen Berlin-Schönefeld und Berlin-Tegel zusammen, waren es vor Ausbruch der Corona-Pandemie nur acht und damit lediglich einer mehr<sup>18</sup>. Dabei wird die Zahl der defizitären Flughäfen sogar noch unterschätzt, denn Airports mit weniger als 150.000 (z.B. Kassel-Calden, Braunschweig-Wolfsburg) tauchen in der Statistik gar nicht auf.

So entsteht die paradoxe Situation, dass einerseits die Mitteldeutsche Flughafen AG, die die beiden Airports Leipzig-Halle und Dresden betreibt, in zehn Jahren bis 2021 einen kumulierten Jahresfehlbetrag von rund 369 Mio. EUR angehäuft hat<sup>19</sup>, obwohl Leipzig-Halle als inzwischen zweitgrößter Frachtflughafen Deutschlands in diesem Segment eine außerordentlich starke Stellung innehat. Andererseits sieht sich das Sächsische Wirtschaftsministerium nicht in der Lage, 100 Mio. EUR für den dringend benötigten, vollständig zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig bereitzustellen<sup>20</sup>.

**Abbildung 5: Passagieraufkommen auf deutschen Verkehrsflughäfen (links) und Jahresfehlbetrag der Mitteldeutschen Flughafen AG (rechts)**

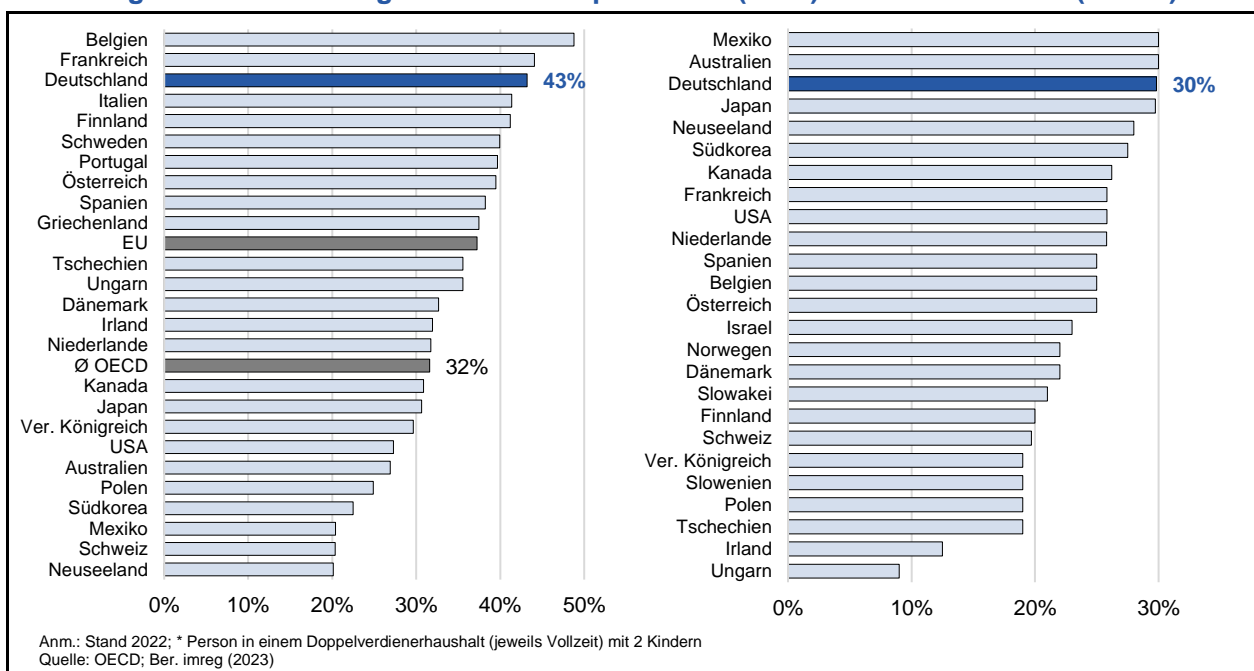


## Hohe Steuern und Abgaben hemmen die Leistungsentfaltung – sächsische Firmen zusätzlich belastet

Trotz der bescheidenen Leistung hinsichtlich des Infrastrukturangebots verlangt Deutschland so hohe Steuern und Abgaben von seinen Einwohnern und Unternehmen wie kaum ein anderes Land.

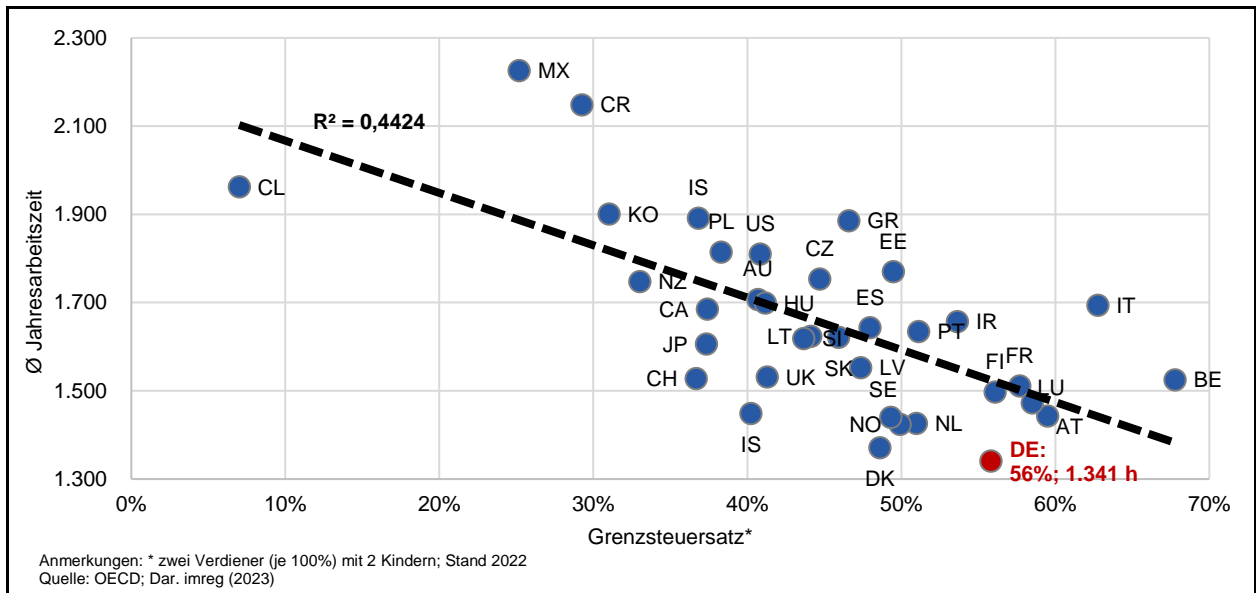
Mit einem durchschnittlichen Satz von 43% für Einzelpersonen<sup>21</sup> bzw. 30% für Unternehmen wird es nur noch von wenigen Ländern übertroffen. Damit liegt die Bundesrepublik erheblich über dem OECD- als auch dem EU-Durchschnitt. Gerade in einigen Staaten, deren Einwohner ein ohnehin viel höheres Wohlstandsniveau als in Deutschland genießen, wie bspw. die Schweiz oder die USA<sup>22</sup>, liegen die durchschnittlichen Steuersätze deutlich niedriger als hierzulande (5 bzw. 12%-Punkte), wodurch die Wohlstandsdifferenz bezogen auf das Nettoeinkommen noch größer ausfällt.

**Abbildung 6: Steuer und Abgaben für Einzelpersonen\* (links) und Unternehmen (rechts)**



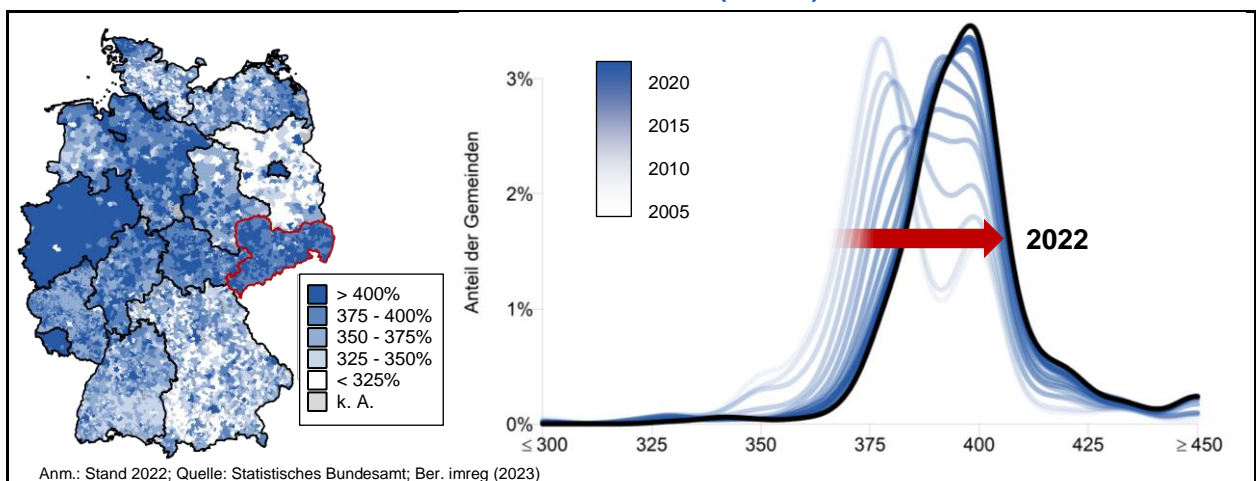
Doch nicht nur die absolute Höhe der Steuersätze ist problematisch, sondern auch die Struktur des Einkommensteuertarifs. Die extrem starke Progression im deutschen Steuertarif, gerade im Spektrum rund um den Durchschnittsverdienst („Mittelstandsbauch“), hat zur Folge, dass ein zusätzlicher Verdienst – bspw. durch Mehrarbeit – de facto bestraft wird, da der höhere Steuersatz auf das gesamte Steueraufkommen angewendet werden muss. Konkret müsste ein Durchschnittsverdiener von 100 EUR Zusatzverdienst in Deutschland 56 EUR für Steuern und Abgaben abführen. Wird berücksichtigt, dass von den für den persönlichen Konsum verbleibenden 44 EUR für die meisten Produkte nochmals Umsatzsteuer in Höhe von 19% bzw. rund 8 EUR abgeführt werden muss, verbleiben letztlich nur noch 36 EUR. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer steht somit vor der Wahl, ob er lieber vier Stunden mehr arbeitet<sup>23</sup> oder auf diese zusätzlichen 36 EUR verzichten wollen. Für viele fällt die Wahl offensichtlich zugunsten der kürzeren Arbeitszeit aus. Entsprechend herrscht auch im internationalen Vergleich ein klar negativer Zusammenhang zwischen Grenzsteuersatz und durchschnittlicher Jahresarbeitszeit.

Abbildung 7: Zusammenhang zwischen Grenzsteuersatz\* und Arbeitszeit



Für sächsische Firmen ist die steuerliche Belastung nochmals höher. Der Freistaat hat mit einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 423% den dritthöchsten aller Flächenländer in Deutschland – gleiches gilt für die Grundsteuer<sup>24</sup>. Neben den stetig gestiegenen Hebesätzen ist ein Erlahmen des Steuerwettbewerbs innerhalb Sachsens zu beobachten, der sich grafisch in einer immer engeren Verteilung der angewendeten Hebesätze im Zeitverlauf zeigt. Dies ist auch eine Folge der Konstruktion des kommunalen Finanzausgleichs in Sachsen, der die Gemeinden implizit auffordert, ihren Hebesatz nicht unter den darin verankerten sogenannten Nivellierungshebesatz von 390% senken<sup>25</sup>.

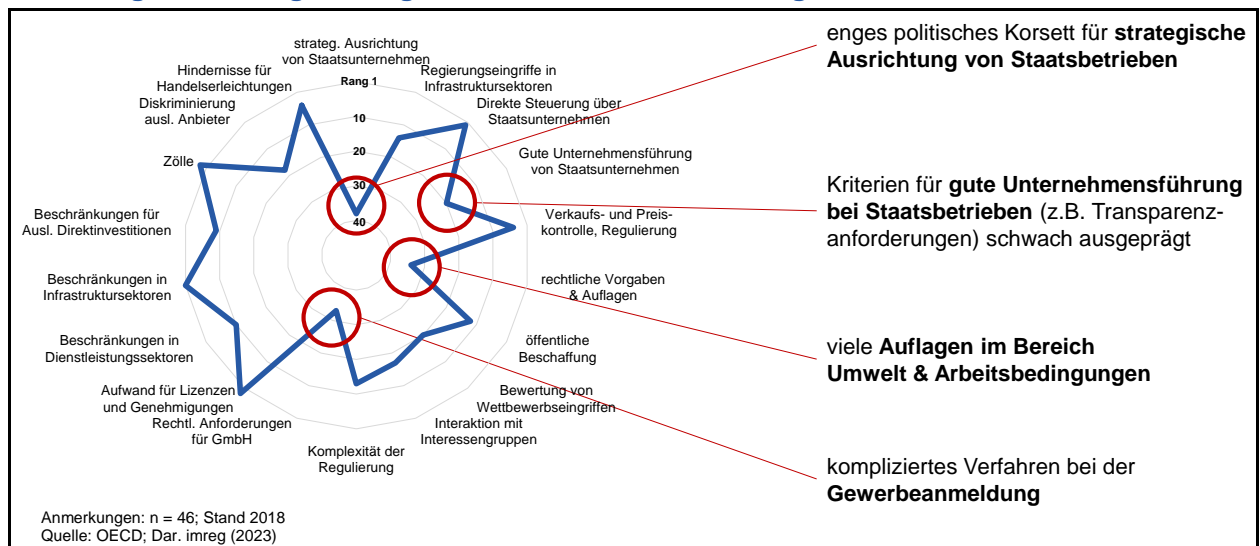
Abbildung 8: Gewerbesteuerhebesätze in den deutschen Gemeinden (links) und Verteilung innerhalb der sächsischen Gemeinden im Zeitverlauf (rechts)



## Die deutsche Eiche leidet unter Mehltau: Bürokratie belastet Wirtschaft und Gesellschaft und lässt Vertrauen in den Standort leiden

Bürokratie ist ein zentrales Problem Deutschlands sowie der EU. Obwohl diesem Befund schwerlich widersprochen werden kann, ist die Messung und dadurch die Sichtbarmachung dieses Phänomens nicht trivial. Die OECD zeigte in einer Untersuchung zur Marktregulierung, dass Deutschland vor allem im Bereich Umwelt- und Arbeitsrecht sowie bei der Gewerbebeanmeldung ein enormes Bürokratieproblem hat. Auch dauern Baugenehmigungen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich lange<sup>26</sup>.

Abbildung 9: Marktregulierung Deutschlands im OECD-Vergleich



Gerade ihre scheinbare Unsichtbarkeit macht das Phänomen der Bürokratie, die sich wie „Mehltau“<sup>27</sup> über das Land gelegt hat, umso gefährlicher. Darum sollen nachfolgend drei Beispiele das Problems kurz illustrieren:

- **Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz (LkSG):** Das LkSG verlangt von Firmen, Nachweise zu erbringen, dass all ihre Vorprodukte über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg keine Menschenrechte oder Umweltauflagen verletzt haben. Damit wälzt der deutsche Staat hoheitliche Aufgaben auf private Unternehmen ab. Denn die Kontrolle über die Erfüllung rechtlicher Auflagen obläge naturgemäß den Staaten, in denen die Zulieferer ansässig sind. Zwar gilt das LkSG ab 2024 formal nur für Firmen ab 1.000 Mitarbeitern. In der Praxis werden jedoch auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aufgefordert, dem Gesetz Rechnung zu tragen, wenn ebenjene großen Firmen als Abnehmer entsprechende Nachweise verlangen. Da dies für KMU ein aussichtsloses Unterfangen darstellt, müssen sie sich ihre Vorleistungen von bestimmten Stellen (Rechtskanzleien, NGOs etc.) zertifizieren zu lassen. Dies verursacht enorme Kosten für die



KMU, oft ohne, dass sich an der Bezugsquelle etwas geändert hätte. Gewonnen hat in diesem modernen „Ablasshandel“ lediglich die Institution, welche die Zertifikate ausstellt.

- **Entsendebescheinigung A 1:** Dieses Dokument ist erforderlich für Dienstreisen innerhalb der EU, muss im Voraus beantragt werden und wird von der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland (DVKA) in Bonn ausgestellt. In der Theorie soll es Sozialversicherungsbetrug vorbeugen und dokumentieren, dass die Person während ihres Auslandsaufenthalts weiterhin dem Sozialversicherungsrecht des Entsendestaats unterliegt. In der Praxis bedeutet es zusätzliche Amtsgänge und Antragsprozesse für die Betroffenen. Paradoxerweise kann sich obendrein ein einmal in die EU eingereister Mitarbeiter einer Firma aus dem Nicht-EU-Ausland anschließend sogar freier und unbürokratischer zwischen den EU-Staaten bewegen als ein EU-Bürger. Deutsche Unternehmen sind hier zusätzlich benachteiligt, da ihre Verwaltung europäisches Recht meist buchstabengetreu und damit strenger als andere Mitgliedsstaaten interpretiert<sup>28</sup>.
- **Mindestlohn:** Nicht nur greift der Staat mittels Mindestlohns aktiv in die Lohnfindung und damit massiv in einen Kernaspekt der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie ein. Zugleich nötigt er dadurch eine große Zahl an (v.a. geringfügig) Beschäftigten, kleinlich ihre Arbeitsstunden zu dokumentieren, um dadurch den Nachweis zu erbringen, dass ihr Verdienst zu keiner Zeit unterhalb des Mindestlohns lag. Dabei wäre es schon eine Entlastung, wenn dieser Nachweis auf Basis des monatlichen, oder noch einfacher: des jährlichen Bruttoverdienstes und der geleisteten Arbeitsstunden berechnet würde statt dies wie derzeit auf Basis täglicher Meldungen tun zu müssen.

Neben den enormen Belastungen, die den Menschen und den Unternehmen durch Bürokratie auferlegt werden und die in der EU teilweise ganze Geschäftsmodelle zerstört haben<sup>29</sup> wird diese zunehmend mit einem Kapazitätsproblem konfrontiert: Staatliche Stellen sind in vielen Bereichen gar nicht mehr in der Lage, die Vielzahl an Regularien zu kontrollieren, ebenso wenig wie Firmen in der Lage sind, qualifiziertes Personal zu rekrutieren, dass die Einhaltung der Regeln sicherstellen kann. Zur Illustration dieses Kapazitätsproblems dienen wiederum zwei Beispiele:<sup>30</sup>

- **Staatliche Seite:** Bis zum Jahresende 2022 blieben etwa 290.000 Geldwäsche-Verdachtsmeldungen unbearbeitet, die Banken mit hohem Aufwand zur Weiterleitung dieser Informationen zusammengetragen haben.
- **Betriebliche Seite:** Für die ab 2024 geltende Verpflichtung zur Dokumentation des ökologischen Fußabdrucks und der Umweltstrategien der 15.000 betroffenen Unternehmen entsteht ein zusätzlicher Personalbedarf an Wirtschaftsprüfern im fünfstelligen Bereich. Dadurch entsteht

auch aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Fehlallokation, da diese Personen nicht zur Wertschöpfung beitragen.

**„Volkswirtschaftlich betrachtet brauchen wir mehr Ingenieure, Mediziner oder Computerspezialisten und nicht mehr Juristen.“**

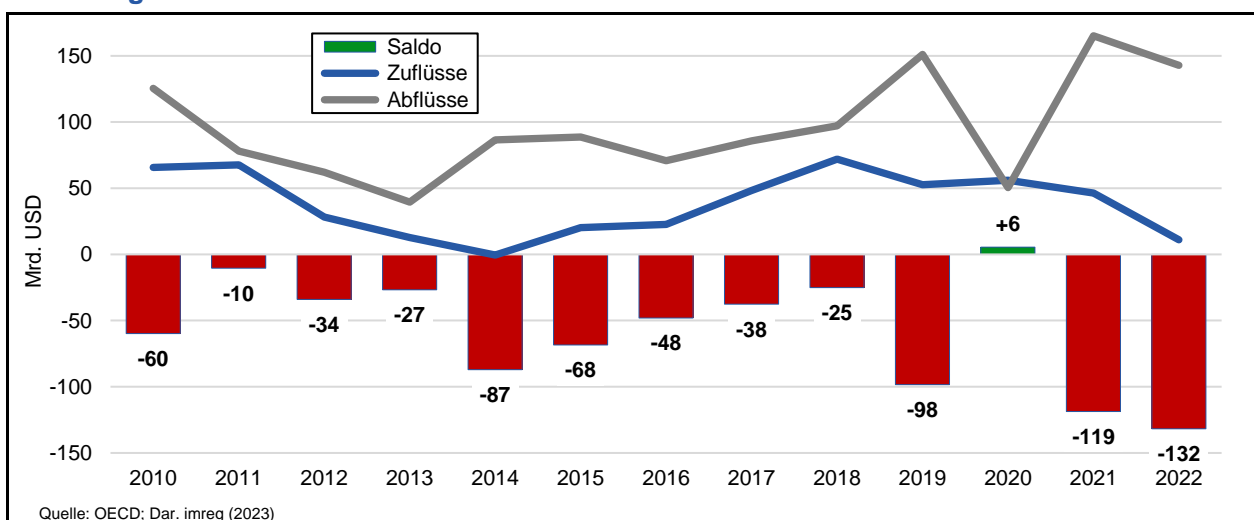
**Wolfgang Schön**

Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen,  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.06.2023

Angesichts der erdrückenden Bürokratielast verfallen die Betroffenen im Wesentlichen in zwei Lager: Auf der einen Seite versuchen die Risikoaversen, alle Regeln im Zweifelsfalle durch Übererfüllung einzuhalten – wenn sie es sich leisten können. Auf der anderen Seite agieren die Risikobereiten trotz unbewältigter Rechtsrisiken ungebremst – auf die Gefahr hin, den Fortbestand des Unternehmens durch Sanktionen zu gefährden. Die überbordende Bürokratie untergräbt somit das Rechtsempfinden und gefährdet damit auch den Rechtsstaat im Allgemeinen.<sup>31</sup>

Die Schwäche des Standorts Deutschland wird deutlich durch die Flüsse ausländischer Direktinvestitionen dokumentiert<sup>32</sup>. Dabei zeigt sich einerseits, dass ausländische Investoren kaum noch Vertrauen in die Bundesrepublik haben, denn die Zuflüsse liegen am aktuellen Rand mit rund 11 Mrd. USD auf dem drittniedrigsten Wert seit fast 20 Jahren<sup>33</sup>. Andererseits sprechen aus der Statistik auch deutliche Zweifel der deutschen Investoren an ihrem Heimatstandort, denn die Abflüsse bewegen sich mit rund 143 Mrd. USD auf sehr hohem Niveau. Im Saldo haben 2022 somit 132 Mrd. USD an Kapital das Land verlassen – der höchste jemals gemessene Wert. Derzeit scheinen vor allem die hohen Energiepreise, Versorgungssicherheit und der ausgeprägt Fachkräftemangel Haupttreiber für die sinkende Attraktivität Deutschlands zu sein<sup>34</sup>.

**Abbildung 10: Zu- und Abflüsse ausländischer Direktinvestitionen aus/nach Deutschland**



## Fazit: Durch Deutschland muss – wieder einmal – ein gewaltiger Ruck gehen

26 Jahre nach der berühmten Rede Roman Herzogs ist es wieder soweit, dass durch Deutschland ein „Ruck“ gehen muss<sup>35</sup>. Damals war Deutschland nach dem Abebben der Anfangseuphorie der Wiedervereinigung überfordert und konsterniert vom Ausbleiben schneller Erfolge bei der Bewältigung der ökonomischen Probleme der Neuen Bundesländer. Ostdeutschland musste in Form von Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit und Massenabwanderung einen hohen Preis für seine neu gewonnene Freiheit zahlen.

Doch anders als damals, als die Probleme die Folge der von der russischen Besatzungsmacht aufgezwungenen und gescheiterten DDR-Planwirtschaft waren und den einst prosperierenden östlichen Landesteil<sup>36</sup> in einem desolaten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustand hinterließen, hat sich das heutige Deutschland selbst in seine missliche Lage manövriert. Der dramatische Verlust an Attraktivität und Vertrauen sowie die herrschende Trägheit in Gesellschaft und Verwaltung gleicht daher einem Akt der kollektiven Selbstverletzung und verlangt nun nach beherzten Lösungen:

### 1. Schluss mit politischem Mikromanagement

Die deutsche Politik muss aufhören, sich im Klein-klein zu verlieren und präzise Vorgaben für Einzelfälle zu machen, deren zukünftige Entwicklung sie bestenfalls erraten kann. Stattdessen ist es geboten, sich auf den großen Rahmen zu konzentrieren, unter dem alle gesellschaftlichen Akteure agieren. Konkrete Beispiele finden sich insbesondere im Bereich der Dekarbonisierung: Statt spezifische Heizungstechniken vorzuschreiben, sollte die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen über einen CO<sub>2</sub>-Preis und einen funktionierenden Zertifikatehandel geregelt werden. Auf diese Weise werden die gewünschten Ziele effizienter – und meist auch effektiver – erreicht. Die dafür notwendigen Technologien setzen sich dann rasch durch, wenn sie von selbst am Markt bestehen können. Dies zeigen u.a. Länder wie Großbritannien<sup>37</sup> und die USA<sup>38</sup>, die nun, nachdem viele Technologien der Erneuerbaren Energien ihre „Kinderkrankheiten“ überwunden haben, kräftig in diese investieren und Deutschland – den selbst ernannten „Vorreiter“ – beim Ausbau locker und dabei zu deutlich geringeren Kosten in den Schatten stellen. In gleicher Weise sollte bei der individuellen Mobilität auf diejenigen Technologien vertraut werden, die sich evolutarisch am Markt durchsetzen statt gewaltsame Disruptionen herbeizuführen.

### 2. One in, two out: Bürokratieabbau und ehrliche Kommunikation

Damit Deutschland nicht in der gegenwärtigen Bürokratie erstickt, sind ein Belastungsmoratorium sowie ein konsequenter Abbau überflüssiger Regeln notwendig. Die sogenannte One-in-one-out-Regel<sup>39</sup> sollte so geändert werden, dass bis auf weiteres gilt: One in, two out. Zugleich muss die Regel manipulationssicher gestaltet werden, indem der Erfüllungsaufwand nicht künstlich kleingerechnet werden darf<sup>40</sup>.

Bürokratie hat ihren Ursprung oft in wohlgemeinten Intentionen. Die Politik muss hier aber drin-

gend mehr Ehrlichkeit an den Tag legen, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Wer bspw. für Maßnahmen wie den Mindestlohn oder das Lieferkettengesetz eintritt, muss gleichzeitig kommunizieren, dass diese Maßnahmen unweigerlich bürokratische Belastungen mit sich bringen und die Kosten dieser Maßnahmen für die gesamte Gesellschaft weit über den unmittelbaren Erfüllungsaufwand hinausgehen.

### **3. Mehr und schnellere Investitionen in Infrastruktur – auch wenn es wehtut**

Deutschland lebt bereits seit Jahren von der Substanz<sup>41</sup> und droht flächendeckend den Anschluss an Staaten mit moderner Infrastruktur zu verlieren – und das in praktisch allen Bereichen: von der Straße über die Schiene bis zu den Datennetzen. Um die angestauten Defizite abzubauen, sind in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen nötig. Auch hier gebietet es die Ehrlichkeit, den Bürgern darzulegen, dass Deutschland viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt hat, in dem immer mehr soziale Wohltaten<sup>42</sup> beschlossen wurden, während der Kapitalstock nicht gepflegt wurde und allmählich verschliss.

Wie gefährlich eine vernachlässigte Infrastruktur akut werden kann, zeigt derzeit die Bundeswehr, deren Ausrüstungsdefizite durch den Ukraine-Krieg ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten, nachdem die Landesverteidigung jahrzehntelang als finanzpolitischer „Steinbruch“ im Bundeshaushalt diente<sup>43</sup>.

### **4. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt nicht: Reduktion der enormen Abgabenlast**

Solange Deutschland über derart viele Unzulänglichkeiten beim Angebot öffentlicher Leistungen verfügt, gibt es keine Rechtfertigung für Steuern und Abgaben im internationalen Spitzenfeld. Daher ist eine mutige Einkommensteuerreform vonnöten, die insbesondere die arbeitende Mittelschicht entlastet und Anreize für Mehrarbeit schafft. Kurzfristig mag dies Finanzpolitikern als ein riskantes Wagnis erscheinen, doch langfristig ist dieser Schritt unabdingbar, wenn die Menschen zu mehr Leistung ermuntert werden sollen, was angesichts des demografischen Wandels von fundamentaler Bedeutung für den Erhalt des Wohlstands im Lande ist.

Im Bereich der Unternehmenssteuern ist ebenfalls eine deutliche Reduktion geboten. Denn Deutschland kann aufgrund seiner stark gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit kaum noch mit anderen Standorten konkurrieren. Wenn dieser Schritt ausbleibt, droht ein weiterer massiver Kapitalabfluss und damit auch eine schleichende Deindustrialisierung des Landes<sup>44</sup>.

Für Sachsen ergibt sich die zusätzliche Erfordernis, seinen kommunalen Finanzausgleich so umzugestalten, dass wieder ein Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden möglich ist. Im einfachsten Falle wäre dies schon durch eine Senkung des Nivellierungshebesatzes möglich. Außerdem ist eine Senkung der Grunderwerbsteuer auf das ursprüngliche Niveau (3,5%) oder sogar ein vollständiges Aussetzen anzuraten<sup>45</sup>. Dadurch würde auch für junge Familie ein höherer Anreiz entstehen, eine Zukunft im Freistaat zu planen und Vermögen aufzubauen.

- 
- <sup>1</sup> Vgl. Deutsche Welle, [Deutschland wird wettbewerbsfähiger](#), 22.05.2014, zuletzt abgerufen am 22.06.2023.
  - <sup>2</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe Quartalszahlen), Stand Sep 2022.
  - <sup>3</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Monatszahlen), Stand Mai 2023.
  - <sup>4</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen: [Kompendium zur Schuldenregel des Bundes \(Schuldenbremse\)](#), 25. Februar 2022, abgerufen am 22.06.2023.
  - <sup>5</sup> Vgl. IMD World Competitiveness Yearbook 2023, Digital 2022, Talent 2022: Country profile Germany.
  - <sup>6</sup> Ein besonders negativ herausstechende Verbindung ist die Bundesautobahn 45 (Castrop-Rauxel ↔ Mainhausen), auf der alle 60 Brücken abgerissen werden müssen. Vgl. WDR, [A45: Die kaputte Autobahn](#), zuletzt abgerufen am 23.06.2023.
  - <sup>7</sup> Vgl. Leipziger Volkszeitung, [Sachsens Autobahnen sind in schlechtem Zustand](#), 07.08.2022, zuletzt abgerufen am 23.06.2023.
  - <sup>8</sup> Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk, [Deutsche Bahn so unpünktlich wie nie](#), 22.12.2022, zuletzt abgerufen am 23.06.2023.
  - <sup>9</sup> Vgl. imreg, Westsachsen braucht schnelle und klimafreundliche Mobilität – Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig muss Vorrang bekommen, imreg-Standpunkt, Februar 2023.
  - <sup>10</sup> Ostthüringer Zeitung, [Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Schiene kommt dank Thüringer Maut-Enthaltung](#), 01.04.2017, zuletzt abgerufen am 23.06.2023.
  - <sup>11</sup> Dies forderte die damalige CDU-Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer auf dem Parteitag am 07.12.2018 in Hamburg.
  - <sup>12</sup> Alle Daten basieren auf die Daten des „[Gigabit-Grundbuchs](#)“ des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur (Stand Okt 2022).
  - <sup>13</sup> So schlugen u.a. die SPD (vgl. <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/jetzt-in-unsere-zukunft-investieren/14/05/2020>), aber auch Bündnis 90/Die Grünen (vgl. <https://www.gruene.de/themen/haushalt>) immer wieder vor, Investitionen in Infrastruktur über Schulden zu finanzieren.  
  
Dabei glaubte man, dass das vor Ausbruch der Coronakrise extrem niedrige Zinsniveau unveränderlich sei. Durch die im Zuge des Ukraine-Krieges massiv gestiegenene Inflation und als Reaktion darauf kräftig angehobene Notenbankzinsen entpuppte sich diese Haltung jedoch als Irrglaube.
  - <sup>14</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2021.
  - <sup>15</sup> Gemäß EU-Richtlinie werden Flughäfen mit weniger als 3 Mio. Passagieren pro Jahr als Regionalflughafen klassifiziert (vgl. DB Research, 2015, Germany's regional airports under political and economic pressure).
  - <sup>16</sup> Vgl. Airliners.de, [So profitabel sind Deutschlands Flughäfen](#), 07.06.2019 zuletzt abgerufen am 26.06.2023.
  - <sup>17</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Verkehrsleistungstatistik im Luftverkehr, Stand Apr 2023.
  - <sup>18</sup> So hat es der Flughafen Hannover mit 3,96 Mio. Passagieren im Jahr 2022 nicht wieder über die kritische Schwelle geschafft. 2019 waren es noch 6,29 Mio.
  - <sup>19</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Beteiligungsberichte 2016-2021 sowie Jahresabschlüsse der Mitteldeutschen Flughafen AG (2011-2015).

- 
- <sup>20</sup> So soll ein Teilstück von vier Kilometer Länge auch nach dem Ausbau eingleisig bleiben (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA), Eisenbahnstrecke von Leipzig nach Chemnitz wird zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert, Pressemitteilung vom 19.10.2021). Dies wurde u.a. von der Bahninitiative Chemnitz, einem breiten Bündnis verschiedener Interessengruppen scharf kritisiert (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk, [Bahn will Strecke Leipzig-Chemnitz ausbauen – aber erntet Kritik](#), zuletzt abgerufen am 26.06.2023).
- Wie SMWA-Staatssekretärin Ines Fröhlich bei auf einer Informationsveranstaltung zur Bahnstrecke am 22.02.2023 in der Stadthalle Chemnitz mitteilte, beliefen sich die Mehrkosten für einen vollständigen zweigleisigen Ausbau auf 100 Mio. EUR, die das SMWA nicht aufbringen will.
- <sup>21</sup> Personen in einem Doppelverdienerhaushalt (jeweils Vollzeit) mit 2 Kindern.
- <sup>22</sup> Laut OECD lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2022 in der Schweiz bei rund 68.800 USD und in den USA bei rund 62.800 USD und damit etwa ein Drittel bzw. ein Viertel höher als in Deutschland (50.000 USD).
- <sup>23</sup> Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst betrug im April 2023 laut Statistischem Bundesamt 24,77 EUR. Somit entsprechen 100 EUR Verdienst annähernd vier Stunden Arbeit.
- <sup>24</sup> Gemeint ist die Grundsteuer B für Wohngebäude. Hier betrug der Hebesatz in Sachsen im Jahr 2021 durchschnittlich 500%. Vgl. Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank.
- <sup>25</sup> Vgl. Plaul, C. (2019): Gefangen im System der hohen Hebesätze, ifo Dresden berichtet 6/2019, S. 23-26.
- <sup>26</sup> Vgl. Weltbank (2020): Doing Business 2020. Washington DC.
- <sup>27</sup> Die Analogie des Mehlaus folgt einem Vergleich des damaligen BDI-Präsidenten Dieter Kempff, der so in einem SPIEGEL-Interview die Erstarrung der öffentlichen Verwaltung angesichts der schier unübersichtlichen Rechtslage und der daraus resultierenden Verschiebung von Verantwortung beschrieb (vgl. DER SPIEGEL, ["Wir sind ein Schnarchland geworden"](#), 19.10.2019).
- <sup>28</sup> Dieses als „gold-plating“ bekannte Phänomen wurde bereits vor vielen Jahren beschrieben (bspw. Boci, M.; Marten De Vet, J.; Pauer, A. (2014): 'Gold-plating' in the EAFRD: To what extent do national rules unnecessarily add to complexity and, as a result, increase the risk of errors?, *Brussels*: Directorate-General for Internal Policies of the Union).
- Beim Versuch, es zu quantifizieren, zeigt sich, dass die Regulierungsdichte in Deutschland erheblich über das Ausmaß des zugrundeliegenden EU-Rechts hinausgeht und im Bereich des Umweltrechts darüberhinaus noch restriktiver ausgelegt wird (vgl. Thomann, E. and A. Zhelyazkova. 2017. Moving beyond (non-)compliance: the customization of European Union policies in 27 countries. *Journal of European Public Policy* 24(9), S. 1269-1288.
- <sup>29</sup> Ein prominentes Beispiel ist die gentechnische Forschung. So verlagerte die Bayer AG 2012 ihre gesamte Gentechniksparte wegen fehlender Akzeptanz bei Verbrauchern, Bauern und Politikern in die USA (vgl. Wirtschaftswoche, [Biotechnik verbreitet sich immer schneller](#), zuletzt abgerufen am 28.06.2023).
- Im vergangenen Jahr erwirtschaftete der Konzern allein im Bereich der Saatgutforschung (Crop Science) einen Umsatz von über 25 Mrd. EUR und ein Vorsteuerergebnis von rund 3,0 Mrd. EUR (EBIT) (vgl. Bayer AG, Geschäftsbericht 2022, S. 93).
- <sup>30</sup> Der komplette Absatz bezieht sich auf den Artikel von Wolfgang Schön (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Vor dem Regulierungsbankrott, 23.06.2023, S. 18).
- <sup>31</sup> Ebd.
- <sup>32</sup> Alle nachfolgenden Daten beziehen sich auf die ausländischen Direktinvestitionen gemäß der 4. benchmark Definition der OECD (BMD4) und sind unter <https://stats.oecd.org> abrufbar (zuletzt abgerufen am 29.06.2023).
- <sup>33</sup> Die anderen Tiefststände waren während der Finanzkrise 2008 (8,1 Mrd. USD) und während der Eurorkise 2014, als es rechnerisch im Saldo gar keine ausländische Direktinvestition in Deutschland gab.

- 
- <sup>34</sup> Vgl. Rusche, C. (2023): Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen, IW-Kurzbericht 43/2023.
- <sup>35</sup> Am 26.04.1997 sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog bei einer Rede anlässlich der Wiedereröffnung des Berliner Hotels Adlon: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen.“
- <sup>36</sup> Sachsen war vor der Deutschen Teilung – wie weite Teile Mitteldeutschlands sowie der Großraum Berlin – eine der reichsten Regionen Europas. Die Wirtschaftsleistung je Einwohner lag erheblich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Vgl. Greve, M.; Fritsch, M.; Wyrwich, M. (2021): Long-term decline of regions and the rise of populism: The case of Germany, Journal of Regional Science 63(2), S. 409-445.
- <sup>37</sup> Vgl. Der Standard: [Britten wurden dank erneuerbarer Energie zum Strom-Exporteur](#), 03.01.2023.
- <sup>38</sup> Vgl. Watson: [USA erzeugen mehr Strom aus erneuerbaren Energien als aus Kohle](#), 01.12.2022.
- <sup>39</sup> Die Regel wurde 2014 von der Bundesregierung beschlossen und sollte vor einem weiteren Bürokratieausbau schützen, in dem für jede neue Regel eine alte gestrichen wird. Vgl. [Bundesregierung: Bürokratiebremse / Konzeption einer One in, one out – Regel](#), zuletzt abgerufen am 29.06.2023.
- <sup>40</sup> Viele Gesetzentwürfe unterschätzen (bewusst) den Erfüllungsaufwand der Regularien und hebeln die One-in-one-out-Regel aus. So existieren eine Reihe „blinder Flecken“ bei der Ermittlung des Erfüllungsaufwands bspw. durch die fehlende Berücksichtigung der Lohnstrukturen von KMU oder die Arbeitsplatzkosten bei der Wirtschaft. Vgl. Willwacher, H.; Schweizer, P. (2019): Der einmalige Erfüllungsaufwand von Gesetzen: Reformvorschläge.
- <sup>41</sup> Wie eine Studie zur Modernität des Kapitalstocks zeigt, konnten von den entwickelten Volkswirtschaften lediglich Frankreich und Kanada das Niveau von 1991 halten bzw. sogar hinzugewinnen. In allen anderen Ländern sank das Verhältnis zwischen Netto- zu Bruttokapitalstock, d.h. diese Länder investierten weniger als zum Substanzerhalt notwendig gewesen wäre. Dabei war der Substanzverlust in keinem Land so stark wie in Deutschland – trotz der massiven Infrastrukturinvestitionen in den Neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung.
- Vgl. Michelsen, C.; Junker, S. (2023): [Alternder Kapitalstock: Wettbewerbsfähigkeit steht auf der Kippe](#), vfa Economic Policy Brief 05.23, 6 S.
- <sup>42</sup> So wurde bspw. die Zahl der Anspruchsberechtigten durch die „Rente mit 63“ oder die Mütterrente stetig erweitert. Mittlerweile fließt ein Viertel des Bundeshaushalts in die Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter (vgl. <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>), was einer Zweckentfremdung entspricht, da die Finanzierung eigentlich Aufgabe der Rentenversicherung wäre.
- <sup>43</sup> Die Verteidigungsausgaben sanken bis 2007 auf nur noch 0,8% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Allein in den zehn Jahren von 2012-2021 wurden durch die Nicht-Einhaltung des zwischen den NATO-Staaten vereinbarten Ziels eines Anteils der Verteidigungsausgaben am BIP von 2% in Summe rund 254 Mrd. EUR eingespart. Gleichzeitig wurden die Ausgaben allein für das Ressort Arbeit und Soziales im gleichen Zeitraum um rund 50 Mrd. EUR ausgeweitet. Vgl. Haushaltsrechnungen des Bundes.
- <sup>44</sup> Arbeitsplätze werden selten abrupt, sondern meist stetig verlagert, in dem Investitionen hierzulande unterlassen und stattdessen anderenorts durchgeführt werden.
- <sup>45</sup> Dieser Vorschlag wurde kürzlich vom hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein unterbreitet (vgl. DER SPIEGEL, [Hessischer Ministerpräsident Rhein fordert Aussetzung der Grunderwerbsteuer](#), 14.04.2023).